



Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Gelsenkirchen

## NEWSLETTER NR. 6

Februar 2019

---

### Der „Chance“ eine Chance geben!



Heimlich, still und leise hat die Arbeiterwohlfahrt Gelsenkirchen/Bottrop (AWO) zum Jahreswechsel die Beratungsstelle die „Chance“ in Gelsenkirchen geschlossen. Damit wurde eine Arbeit eingestellt, die mehr als dreißig Jahre straffällig gewordenen Menschen und ihren Angehörigen Unterstützung gegeben und die Resozialisierung gefördert hat. Selbstverständlich kann die AWO als freier Träger eines solchen Angebotes diesen Schritt gehen. Kritisiert haben wir, dass die Einrichtung von heute auf morgen geschlossen wurde

und somit weder Sozialverwaltung noch Politik Gelegenheit hatten, nach Alternativen zu suchen. [mehr erfahren](#)

---

### Wir lehnen die Deponieerweiterung ab



Die geplante Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch kommt für uns nicht in Frage. Die Deponie soll um über 14 Hektar erweitert und um 10 Meter erhöht werden. Die betroffenen Bürger\*innen rund um die Deponie sind sowieso schon stark durch diese und die Transportwege belastet. Jede zusätzliche Belastung muss darum gut begründet und wirklich unvermeidbar sein. Und das sehen wir nicht. Im Gegenteil: Beim Geruch wird der Grenzwert in Wohngebieten erreicht und die Belastung fast

verdoppelt - in anderen Bereichen wird eine Überschreitung als „nicht kritisch“ gesehen. [mehr erfahren](#)

---

## Auf unsere Initiative: Stadtverwaltung informiert über Vorgehen im Baustellenmanagement



Nachdem wir im letzten Jahr in unseren Anträgen im Verkehrsausschuss mehr Transparenz im Baustellenmanagement und die Einstellung von Werkstudierenden gefordert hatten, hat die Verwaltung nun in der letzten Verkehrsausschusssitzung über ihr Vorgehen im Baustellenmanagement informiert. Demnach haben sich laut Verwaltung die Anzahl der Baustellen von 2006 an mehr als verdoppelt (von 1500 auf 3300). Dabei werden von der Stadt Gelsenkirchen lediglich 13 % der Baustellen verwaltet. Neben der

Stadt sind nämlich auch Strom- und Gasversorger, Telekommunikationsanbieter, Wasserversorger und andere Bauträger aktiv, welche für ihren jeweiligen Versorgungsbereich Baustellen einrichten müssen. [mehr erfahren](#)

---

## Echte Verkehrswende statt Gerichtsschelte



In der letzten Ratssitzung haben SPD und CDU eine gemeinsame Resolution zum Urteil des Verwaltungsgerichtes Gelsenkirchen in Sachen Fahrverbote für Dieselfahrzeug eingebracht. Diese Resolution hat die GRÜNE Fraktion abgelehnt. Auch wir halten Fahrverbote für den völlig falschen Weg! Aber einen Antrag, der im Wesentlichen daraus besteht, die Schadstoffmessungen anzuzweifeln und ausschließlich das Gericht zu kritisieren, den tragen wir nicht mit. Ein Resolutionstext, der die politisch Verantwortlichen für

dieses Dilemma nicht benennt und die verfehlte Politik der Großen Koalition vor Ort schönredet, findet von uns keine Zustimmung. Dies lenkt von den eigentlichen Ursachen ab und hilft Gelsenkirchen auch nicht weiter. Wir fordern eine echte Verkehrswende mit deutlichen Verbesserungen im ÖPNV und beim Radwegenetz sowie eine Diesel-Nachrüstung zu Lasten der Automobilindustrie. Die ausführliche Begründung unserer Ablehnung könnt ihr [hier](#) in der Rede unseres Fraktionsvorsitzenden Peter Tertocha nachlesen.

---

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Gelsenkirchen  
Ebertstraße 11  
45879 Gelsenkirchen  
Deutschland

02091692769  
[gruene-fraktion@gelsenkirchen.de](mailto:gruene-fraktion@gelsenkirchen.de)

